



Fotos: IESE

Johanna Mair

Der soziale Unternehmer

Social Entrepreneurship liegt im Trend, das lässt sich an der Vielzahl der Strukturen ablesen, die in den vergangenen Jahren rund um dieses Thema geschaffen wurden. Verschiedenste Konzepte und neuartige Finanzierungsmodelle konnten sich etablieren. Internationale Stiftungen, Philanthropen und Netzwerke – wie das von Ashoka – haben sich der Unterstützung von Social Entrepreneurship verschrieben. Auch die wissenschaftlichen Forschungsanstrengungen haben

Bild des sozialen Unternehmertums.

Aber wird das Phänomen Social Entrepreneurship bestehende Strukturen nachhaltig verändern oder erleben wir hier nur ein kurzes Gastspiel im öffentlichen Diskurs?

Meine These: Die Inhalte und Fragen, die das Thema Social Entrepreneurship aufwirft, sind nicht wirklich neu. Ein Blick zurück zeigt, dass in Europa Unternehmen über viele Jahrhunderte Soziales und Ökonomisches nicht als Widerspruch gesehen haben. Unter Österreichs Traditionsbanken zum Beispiel finden sich viele,

stark zugenommen – international renommierte Universitäten in Europa, den USA und Asien arbeiten an Forschungsprojekten und Lehrprogrammen rund um das neue

die ihren Ursprung in Kooperativen und Modellen haben, die der Mikrofinanzierung ähnlich sind. Offensichtlich ist mit Social Entrepreneurship eine moderne Variante alter „ganzheitlicher“ Geschäftsmodelle entstanden.

Allerdings: Selbst wenn der Keim für Organisationsformen wie One World Health, der Grameen Bank und vielen anderen nicht neu sein mag – unser Verständnis der Struktur, Entstehung und Wirkungen solcher Organisationen ist noch gering. Wir benötigen mehr Wissen, um passende Rahmenbedingungen für soziale Unternehmer zu schaffen und damit noch mehr Menschen zu helfen. Der Diskurs um Social Entrepreneurship bietet die Chance, neue Antworten auf alte Fragen zu finden.

Johanna Mair ist Professorin für Strategisches Management an der IESE Business School in Barcelona. www.iese.edu

Edip Bayazitlioglu

Integration wollen



Fotos: ATIS

sagt, „Gast-Arbeiter“. Was am Anfang eine wirtschaftliche Notlösung war, begann in den 1980er Jahren ein Problem zu werden. Denn diese Menschen wollten nun ständig in Österreich bleiben. Das war zwar kein wirtschaftliches Problem, denn ihre Arbeitskraft brauchte man auch weiterhin, entwickelte sich aber für die Gesellschaft zu einer sozialen Frage.

Seit damals existiert eine Integrationsaufgabe, die man sehr stiefmütterlich und oberflächlich behandelt hat. In der sozialen Strukturkette ist die integrierende Seite gegenüber den zu Integrierenden in der stärkeren Position; sie hätte alle Mittel und Möglichkeiten, eine zielorientierte Integration zu gestalten. Der Staat

als das stärkere Glied der Kette steht in der Verantwortung, Integration so zu steuern, ja aktiv anzubieten, dass gut integrierte Bürger der Volkswirtschaft später auch wieder einen Nutzen zurückgeben können.

Die Vorstellung, die – auch von Politikern – sehr oft präsentiert wird, man solle vom Ausland nur die Elite importieren, um so die Qualität der Zuwanderer zu heben, wird daran scheitern, dass die Elite in ihrem eigenen Land meistens mehr verdient und mehr Anerkennung bekommt als in einem fremden Land – und daher kein großes Interesse hat auszuwandern.

Falls wir ernsthaft vorhaben, das Problem der Integration zu lösen, dann wäre es höchste Zeit, die Sache mit vernünftigen und klaren Zielvorgaben anzugehen, um Zuwanderer für dieses Land zu gewinnen. Dann könnte für alle Beteiligten eine angemessene Plattform geschaffen werden, auf der jeder für jeden eine Bereicherung ist.

Edip Bayazitlioglu ist Obmann des Verbandes österreichischer und türkischer Unternehmer. www.atis-austria.com

Sabine Beckmann

Arbeit im Privaten



Fotos: privat

Um aber die Funktionsweise einer Gesellschaft und ihrer Mitglieder aufrechtzuerhalten, werden viele weitere Tätigkeiten benötigt, die jedoch nicht in diesen Arbeitsbegriff einbezogen werden: die Betreuung und Versorgung von Kindern und Pflegebedürftigen, Hausarbeit, zivilgesellschaftliches Engagement und ehrenamtliche Arbeit. Diese gesellschaftlich notwendige Arbeit erfolgt zumeist im Privaten und unbezahlt. Dass diese Tätigkeiten meistens von Frauen verrichtet werden, ist wohl bekannt. Die ungleiche Partizipation von Frauen im Öffentlichen hängt damit eng zusammen.

Ogleich dieser Arbeit eine Wertschöpfung von etwa 60 Prozent des BIP zugerechnet werden

Die Gesellschaften westlicher Industrienationen werden gern als Arbeitsgesellschaft bezeichnet. Mit Arbeit ist dabei ausschließlich die Erwerbsarbeit gemeint.

kann, wird die unbezahlte Arbeit nicht anerkannt. Diese fehlende Anerkennung wirkt sich sogar auf jene bezahlten Tätigkeiten aus, die pflegende oder fürsorgende Aspekte im Zentrum stehen haben – so sind etwa AltenpflegerInnen sehr schlecht bezahlt.

Der Bedarf an sozialen Dienstleistungen nimmt aufgrund des sozialen und demographischen Wandels immer mehr zu, gerade auch wegen der veränderten Geschlechterverhältnisse. Doch eine Gesellschaft, die ihren Arbeitsbegriff auf den der produktiven Erwerbsarbeit reduziert, wird damit zusammenhängende Probleme nicht lösen und keine gerechte gesellschaftliche Partizipation von Menschen mit Fürsorgeaufgaben herstellen können. Dafür bedarf es eines anderen politischen Begriffs von Arbeit sowie der damit zusammenhängenden Dimensionen von Teilhabe, Leben und Anerkennung. Diese Erkenntnisse feministischer Wissenschaft wird die Politik verstärkt berücksichtigen müssen.

Sabine Beckmann ist Politikwissenschaftlerin an der Hochschule Bremen. www.sabinebeckmann.de